

2 Das Mediensystem der DDR

2.1 Zur Interdependenz zwischen ÖA und Journalismus

Warum ist die Analyse des Mediensystems und speziell des Journalismus in der DDR für die Untersuchung der sozialistischen Öffentlichkeitsarbeit in der DDR relevant?

Es wird von der systemtheoretischen Prämisse als heuristischem Modell auf der Makroebene ausgegangen, dass alle Funktionssysteme in einer Gesellschaft (hier die Systeme Journalismus und Public Relations) interdependent und durch strukturelle Kopplungen miteinander verbunden sind (Luhmann 1997). Nach Luhmann haben strukturelle Kopplungen für die involvierten Systeme strukturbedingte Folgen bzw. Auswirkungen: „Je nach dem, an welche Umweltausschnitte ein System langfristig gekoppelt ist, entwickeln sich im System andere Strukturen einfach deshalb, weil das System seine Strukturen aus Anlass von spezifischen Irritationen aufbaut und ändert.“ (Luhmann 1990: 41). Folgt man Luhmanns Logik sozialer Systeme, dann können Systeme ihre interne Struktur verändern, wenn sie lange genug mit bestimmten externen Umweltausschnitten verbunden sind.

Der Journalismus in der Bundesrepublik Deutschland ist spätestens seit den 1950er Jahren mit dem aufkommenden Boom der PR- bzw. Informationsabteilungen und der Gründung der DPRG (1958) langfristig an das System der PR gekoppelt und beide Systeme sind somit in ihren Strukturen voneinander abhängig und bedingen sich gegenseitig. Diese Erkenntnis wird heutzutage, u.a. als „antagonistische Partnerschaft“ (vgl. Rollke&Wolff 1999; Ruß-Mohl 1999), als „Intereffikation“ (Bentele et al. 1997), als „Interdependenz“ (Löffelholz 1997) oder „Interpenetration“ (Hoffmann, J. 2003; Jarren&Röttger 2009) beschrieben und in der Kommunikationswissenschaft diskutiert.

Das Intereffikationsmodell von Bentele et al. (1997) beschreibt die gegenseitige Abhängigkeit des Journalismus und der Public Relations. Dabei wird von Induktions- und Adaptionseleistungen beider Systeme ausgegangen. Induktionen sind nach Bentele und Nothhaft „intendierte, gerichtete Kommunikationsanregungen bzw. -einflüsse, die von einer Seite ausgehen und – werden sie aufgegriffen – zu beobachtbaren Wirkungen auf der komplementären Seite führen“ (Bentele&Nothhaft 2004: 73). Wobei unter Adaption eine Form der Anpassung eines

der beiden Systeme an das andere System verstanden wird. Auf der Basis der Systemtheorie Luhmanns wird zwischen drei Dimensionen der Adaptions- und Induktionsleistungen unterschieden (ebd.). Die Sachdimension beinhaltet die Selektion der Themen, die Platzierung und Bewertung der Informationen. Unter der zeitlichen Dimension wird die Anpassung an zeitliche Rahmen, Arbeitsroutinen u.a. verstanden. Eine dritte Dimension, die sozial-psychische Dimension, beschreibt in diesem Kontext die psychischen Voraussetzungen bzw. Induktions- und Adaptionsfähigkeiten der PR-Akteure oder der journalistischen Akteure.

Diese wertneutrale Darstellung der Interdependenz zwischen Public Relations und Journalismus wurde durchaus auch kritisch rezipiert. Ruß-Mohl bezweifelt zum einen, dass man in post-modernen, industriellen Gesellschaften von einem autonomen PR-System ausgehen kann (Ruß-Mohl 1999). Zum anderen kritisiert er, dass der Terminus „Intereffikation“ Machtverteilungen und -verhältnisse zwischen den Public Relations und dem Journalismus verschleierte und die antagonistischen Ausprägungen in der Beziehung aufgehoben werden würden (ebd.). Diese kritische Rezeption des Modells ist nicht ganz unberechtigt, jedoch ist zum ersten Kritikpunkt anzumerken, dass sich Public Relations in post-modernen Industrienationen, wie z.B. in Deutschland, immer weiter ausdifferenziert und sich die Systeme, z.B. durch Berufskodizes oder Berufsethiken, eigenständig voneinander entwickelt haben. Der zweite Kritikpunkt ist insofern diskussionswürdig, als dass die Machtdimension im Intereffikationsmodell in der Beobachtung ausgeklammert wird. Einige Studien, z.B. von Schlenz (2002), liefern Anhaltspunkte für eine Korrelation zwischen der Dimension Macht und der Adaptionsleistung des Systems an das andere System. Schlenz stellt in ihrer Untersuchung zur Medienberichterstattung über die Formel-1 fest, dass große Media-Relations-Abteilungen statushoher Formel-1-Teams sich weniger stark an journalistische Redaktionsprozesse adaptierten als kleine Teams. Diese durchaus intervenierende Variable der Machtkonstellation blendet der Intereffikationsansatz aus. Doch auf welche Studie bzw. Studien baut der Intereffikationsansatz auf?

Hervorgegangen sind diese theoriegeleiteten Überlegungen von Bentele et al. (1997) aus einer kritischen Auseinandersetzung mit der sogenannten „Determinationsthese“, einer 1985 veröffentlichten Studie von Barbara Baerns.⁸

Baerns untersuchte mittels einer Input-Output Analyse von Pressemitteilungen und Protokollen von Pressekonferenzen zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 1978 den Einfluss der PR auf die Agentur- und Medien-

8 „Die Determinationsthese“ wurde in der Rezeption auch als „Determinationshypothese“ (vgl. u. a. Bentele et al. 1997), als „Determinierungshypothese“ (vgl. u.a. Saffarnia 1993) bezeichnet. Baerns selbst benutzt diesen Terminus in ihrer Publikation nicht, sondern der Begriff wurde ihr in der Rezeption zugeschrieben.

berichterstattung in ausgewählten Printmedien, dem Fernsehen und Hörfunk. Dabei wurden überwiegend Artikel in Tageszeitungen ausgewertet. Einer ihrer Befunde war, dass 62 % der Medienberichte auf PR-Quellen zurückzuführen sind (Baerns 1985). Somit würden die Themen und auch das Timing (hohe Umschlagszahlen und schnelle Verbreitung der PR-Inhalte) seitens der PR-Akteure gesetzt. Diese Ergebnisse unterstützen die These, dass die politischen Institutionen mit ihrem PR-Output (hier Pressemitteilungen und Pressekonferenzen) am untersuchten Fallbeispiel der NRW-Wahlen einen großen Einfluss auf die Medienberichterstattung in Abonnement- und überregionalen Qualitätszeitungen ausübten. Raupp interpretiert die Ergebnisse wie folgt: Bei der Studie von Baerns handelt es sich „um einen Beitrag zur Nachrichtenforschung und weniger um eine Studie zum Verhältnis von PR und Journalismus“ (Raupp 2008: 199). Die Studie zielt auf die Frage, wie Medieninhalte entstehen und auf welche Quellen diese zurückzuführen sind.

Raupp resümiert, dass die Determinationsforschung von Baerns Aussagen trifft zur Entstehung von „politischer Berichterstattung in Abonnement- und überregionalen Qualitätszeitungen in Bezug auf die Pressearbeit statushoher PR-Akteure“ (Raupp 2008: 206). Unter heutigen politischen und medienkulturellen Rahmenbedingungen (und unter den Rahmenbedingungen in der damaligen Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1949-1989) kann die organisationale Funktion der PR als Darstellung partikularer Interessen, also als Selbstdarstellung der jeweiligen Organisation, verstanden werden. Der Journalismus nimmt eine Beobachterrolle ein und sollte laut den gesetzlichen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik Deutschland objektiv über die aktuellen Ereignisse in der Gesellschaft berichten. Laut Grundgesetz-Artikel 5 (Absatz 1) ist der Journalist frei in seiner Berufsausübung und darf nicht von staatlicher Seite mittels Zensur beeinflusst oder gelenkt werden.

Diese wissenschaftlichen Modelle und Studien zu den Funktionssystemen des Journalismus und der Public Relations sind eng mit den politischen und medienkulturellen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland zu verstehen und können nicht ohne Weiteres auf das Verhältnis des sozialistischen Journalismus und der sozialistischen ÖA in der DDR übertragen werden. Die Studie von Baerns (1985) als auch die theoretischen Überlegungen von Bentele et al. (1997) zur Interdependenz von Journalismus und Public Relations sind an die Rahmenbedingungen, d.h. die Kommunikationsordnung und das Rechtssystem der Bundesrepublik Deutschland gebunden.

Allerdings können das Untersuchungsdesign (Input-Output-Analyse, Medienresonanzanalyse) bzw. die Modelle, die die Intereffikation von Public Relations und Journalismus in der Bundesrepublik beschreiben, erkenntnisleitend für die Funktionsweise der beiden Informationssysteme Journalismus und PR in der

DDR sein. Wie kann nun die Beziehung von PR und Journalismus in der DDR rekonstruiert werden?

Nach der Analyse der DDR-Sekundärliteratur zum Thema „sozialistische Öffentlichkeitsarbeit“ gibt es nur vereinzelte Publikationen, die in der DDR nur einer ausgewählten, privilegierten Leserschaft zugänglich waren, die sich mit der Frage auseinandergesetzt haben, welchen Einfluss die sozialistische Öffentlichkeitsarbeit auf die Medienberichterstattung hat, also im Bereich der Nachrichtenforschung verortet werden könnten (vgl. Kapitel 4.4.1).

Liebold führte 1974 eine Input-Output-Analyse für das Petrolchemische Kombinat Schwedt durch, in der er das Material (Manuskripte) der Abteilung der Öffentlichkeitsarbeit (PR-Output) der Medienberichterstattung (PR-Input) gegenüberstellt (vgl. Liebold 1974). Er kommt zu dem Ergebnis, dass 98 % der Medienberichterstattung auf die Manuskripte der PR-Abteilung des Kombinats zurückzuführen seien. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass Liebold die genaue Vorgehensweise nicht detailliert beschreibt, sodass einige Fragen, wie z.B. auf welchem PR-Material (Manuskripte) seine Untersuchung basiert, unbeantwortet bleiben (ebd.). Im Gegensatz zu Baerns Studie und deren Rezeption wird dies als erfolgreicher Einfluss der Öffentlichkeitsarbeit auf die Berichterstattung bewertet. Die kritische Reflexion der Ergebnisse Liebolds im Binnendiskurs der DDR findet nicht statt. Weitere relevante Fragen, wie z.B. nach der Quellentransparenz bzw. der Offenlegung der Quellen in den Printmedien der DDR, wurden nicht untersucht.

Es sind der Autorin bislang nur vereinzelte Studien im Zeitraum von 1949-1989 bekannt, die sich mit der Rolle des handelnden PR-Praktikers in der DDR beschäftigt haben (vgl. Liebold 1974). Dies ist u.a. auch darin begründet, dass die ideologischen Rahmenbedingungen und Prämissen eine meinungspluralistische Perspektive beider Funktionssysteme gar nicht zugelassen haben.

Einzelne Autoren der Forschungsgemeinschaft in der DDR beschreiben normativ das Verhältnis zwischen dem sozialistischen Journalismus und der sozialistischen Öffentlichkeitsarbeit als „freundschaftlich“ oder „harmonisch“ und sprechen den beiden Systemen eine Kooperationsfunktion zu (Liebold 1974; Schmelter 1972).

Diese Erkenntnisse werfen u.a. folgende Fragen auf: Inwieweit stimmten sich die PR-Akteure im Industriesektor der DDR tatsächlich mit den Arbeitsroutinen des Journalismus ab oder mussten sie sich vielmehr den Arbeitsroutinen, Anweisungen anderer Akteure adaptieren?

Bevor die Autorin sich der Beantwortung bzw. Analyse dieser Fragen widmet, wird im folgenden Kapitel zuerst die Entwicklung des Mediensystems, seine Strukturen und Funktion sowie die Medienlenkung in der DDR aufgezeigt

und danach der Forschungsstand zum Berufsfeld des Journalismus in der DDR skizziert.

2.2 Die Medienlandschaft in der SBZ und DDR

Die Entwicklung des Mediensystems in der DDR im Zeitraum von 1945 bis 1989 lässt sich in verschiedene Phasen unterteilen, die maßgeblich durch die Medienpolitik der politischen Akteure in der DDR als auch der sowjetischen Besatzungsmacht, sowie innen- und außenpolitischen Entwicklungen innerhalb Europas und speziell Ost- und West-Europas bestimmt worden sind (vgl. u.a. Holzweissig 2002; Wilke 2000).

1. Die erste Phase des Nachkriegsdeutschlands bis zur Gründung der DDR im Jahr 1949 wurde durch die Omnipräsenz der Sowjetischen Militäradministration und deren Medienpolitik in Anlehnung an das sowjetische Modell geprägt.
2. Die zweite Phase der Medienpolitik nach der Gründung der DDR und Anfang der 1950er Jahre war die Phase des Aufbaus des Mediensystems nach stalinistischem Vorbild.
3. Die dritte Phase war gekennzeichnet durch Ulbrichts Machtanspruch und in diesem Rahmen durch die Isolation der DDR nach dem Mauerbau 1961 und durch außenpolitische Ereignisse, wie z.B. dem Prager Frühling im Jahr 1968.
4. Die vierte Phase wurde durch den Machtwechsel in der politischen Führung zu Erich Honecker und der anfänglichen Hoffnung auf Liberalisierung seitens der Öffentlichkeit beeinflusst, welche aber spätestens in der Ausweisung Wolf Biermanns ein Ende fand.
5. Gerade die letzte Phase in den 1980er Jahren bis zur Wende im Oktober 1989 brachte teilweise Veränderungen in der DDR-Medienlandschaft. Kennzeichnend für diese Phase ist eine Öffnung hinsichtlich kultureller Formate in Richtung des Westens und eine Abschottung der DDR gegenüber den Reformbewegungen Gorbatschows im Rahmen von Perestroika und Glasnost in der Sowjetunion.

2.2.1 Die erste Phase: Die Nachkriegspresse

Die Medienlandschaft nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in Deutschland durch die vier Besatzungsmächte organisiert und bestimmt. Die Einflüsse dieser Neu-

ordnungen von Presse und Rundfunk prägen bis heute die Medienlandschaft in Deutschland. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) war der Einfluss der Sowjetischen Militäradministration SMAD auf das Rundfunksystem und die Medienlandschaft omnipräsent. Die Strukturen für die Medienlandschaft in der DDR wurden auf der Grundlage des sowjetischen Mediensystems geschaffen, welches wiederum eng mit dem dialektischen Materialismus verbunden war. Die erste Zeit nach dem zweiten Weltkrieg stand unter dem Zeichen der Entnazifizierung.⁹ Die sowjetische Militärregierung verbot in den ersten Wochen nach Kriegsende daher zunächst alle Presseerzeugnisse und schloss alle Druckereien in der Sowjetischen Besatzungszone. Es wurden sogar Schreibmaschinen und Rundfunkempfänger beschlagnahmt. Im Sommer 1945 wurde dieses Diktat wieder aufgehoben und damit begonnen, ein Presse- und Rundfunkwesen nach sowjetischem Vorbild und unter Beteiligung der deutschen KPD aufzubauen. Auch hier fungierte das Dogma Lenins zur funktionellen Ausrichtung des sozialistischen Journalismus. Ziel des sozialistischen Journalismus sei es, „das politische Bewusstsein der Arbeiterklasse (...) in der ständigen Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie (...)“ medial zu vermitteln (Raue 1986: 101). Die Militärregierung behielt sich die Reglementierung von Presseprodukten durch eine Lizenzvergabe vor (vgl. Wilke 2007). In der westlichen Besatzungszone wurde nach dem Vorbild der BBC und der britischen Alliierten ein öffentlich-rechtliches Rundfunksystem eingeführt und Lizenzen für Presseerzeugnisse an Privatpersonen vergeben. In der SBZ hingegen erhielten fast ausschließlich Parteien und Massenorganisationen Lizenzen, von einigen Ausnahmen für private Personen abgesehen, wie z. B. der Lizenzfreigabe der Zeitschrift „Die Weltbühne“ (vgl. u. a. Wilke 2002).

Die beiden ersten Zeitungen in der SBZ wurden von der Roten Armee und der SMAD direkt herausgegeben. Die Zeitung „Die tägliche Rundschau“ wurde bis zum Jahr 1955 veröffentlicht und stand unter sowjetischer Leitung. „Die Berliner Zeitung“ unterstand bis zur Gründung der SED im Jahr 1946 der KPD und der SMAD. Die Veröffentlichung der „Berliner Zeitung“ erfolgte auf Befehl des Chefs der 1. Belorussischen Front am 21. Mai mit dem Ziel, die deutsche Bevölkerung unverzüglich nach Kriegsende über die geplanten Sofort-Maßnahmen der Roten Armee zu informieren (vgl. u.a. Holzweissig 2002). Die „Berliner Zeitung“ sollte bürgerliche Zielgruppen und Intellektuelle ansprechen, wie u.a. auch „Die Weltbühne“. Sie wurde in der DDR Zeit offiziell nie als Organ einer Partei oder einer Massenorganisation ausgewiesen, obwohl sie ab 1953 dem SED-Zentralorgan unterstellt war (ebd.).

9 Das Ziel der Entnazifizierung des Medienbereichs konnte jedoch weder im westlichen Sektor noch in der SBZ bzw. DDR für alle Institutionen, auch nicht in den Medienanstalten oder Redaktionen, durchgesetzt werden.

Im Bereich des Rundfunks sollte anfänglich ein Sender des Berliner Rundfunks unter der Leitung aller vier Besatzungsmächte stehen. Da es zwischen der sowjetischen Besatzungsmacht und den anderen drei Alliierten keinen Konsens im Bereich der politischen Ausrichtung Deutschlands und auch speziell in der Medienpolitik gab, bauten die Sowjets 1946 ihre eigene Rundfunkstation in der SBZ auf. Als Reaktion darauf wurden in den sogenannten Westsektoren Berlins von den Amerikanern die Radiosender RIAS Berlin und durch die Briten der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR) gegründet.

Nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED im Jahr 1946 wurden die Printmedien unter der Hegemonie der SED und unter den sonstigen Parteien (die späteren Blockparteien der SED) aufgeteilt: der christlich-demokratischen Union (CDU), der liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD), der demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) sowie der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD). Die meisten Zeitungen bzw. Zeitschriften waren dabei direkt der SED als sogenanntes „zentrales Organ“ nachgeordnet, sozusagen als Sprachrohr der Partei. Diesen Zeitungen wurde das größte Papierkontingent zugebilligt und gute Bedingungen zum Vertrieb geschaffen (vgl. u.a. Wilke 2007; Holzweissig 2002).

Nur etwa 20% der Zeitungen entfielen auf die Blockparteien, wie z.B. „Der Morgen“ für die LDPD. Weitere 20% wurden von den Massenorganisationen der SED, wie z.B. der FDJ, herausgegeben (vgl. Holzweissig 2002). Über den genauen Umfang der Printmedien, die nach der Gründung der SED in der SBZ im Jahr 1946 veröffentlicht wurden, gibt es bislang nur fragmentarische Überlieferungen und teilweise widersprüchliche Angaben (vgl. Holzweissig 2002; Baerns 1968).

Es existiert bislang keine systematische Auflistung nach überregionalen Zeitungen der SED und ihrer Massenorganisationen, Zeitungen der Blockparteien und sonstigen Zeitschriften. Nach Holzweissig gibt es unterschiedliche Angaben über die Anzahl der Wochenzeitungen und Zeitschriften in der damaligen SBZ (Holzweissig 2002). Einige Zeitschriften, die in den 1940er Jahren erschienen, verschwanden in den 1950er oder spätestens in den 1960er Jahren wieder vom DDR-Zeitungsmarkt. Zum Beispiel wurde nach dem Zusammenschluss der SPD und KPD zur SED die KPD-Parteienzeitung die „Deutsche Volkzeitung“ und die SPD-Zeitung „Das Volk“ zur Tageszeitung „Neues Deutschland“ als Zentralorgan der SED zusammengeführt. Die sogenannte Nachkriegspresse unterschied sich von der Printlandschaft Mitte der 1950er Jahre in der DDR durch mehr Abwechslung. Es wurden unter der Militärregierung noch vereinzelt Lizenzen an Privatpersonen erteilt, die z.B. die Boulevardzeitung „Nacht-Express“ und „Berlin am Mittag“ herausgaben. Holzweissig begründet diese Vielfalt der Printmedien nach dem zweiten Weltkrieg damit, dass die SMAD durch die Zei-

tungen eigene Interessen gegenüber den deutschen Kommunisten, als auch gegenüber den westlichen Besatzungsmächten, durchsetzen wollte (ebd.). Die SMAD setzte sogenannte Strohmannen als Zeitungsverleger ein, um die Redaktionen und deren Medienberichterstattung zu kontrollieren und durch die Medienagenda deren redaktionellen Output zu steuern (ebd.). Einige Kulturzeitschriften wurden Ende der 1940er Jahre aufgrund der Zensur eingestellt oder mussten eingestellt werden, da die Verleger nach Westberlin bzw. nach Westdeutschland flüchteten (wie z.B. der Verleger der Kulturzeitschrift „Ost und West“). Andere Kulturzeitschriften, wie „Die Weltbühne“, wurden bis zum Ende der DDR publiziert.

Auf der ersten Parteikonferenz Anfang 1949 wurde der sogenannte „demokratischen Zentralismus“ verabschiedet. Das Programm legitimierte eine Kaderpolitik, die die starke Präsenz von Kommunisten in allen Führungsebenen vorantrieb. Führungspositionen wurden nun nicht mehr innerparteilich gewählt, sondern die politische Führung setzte sogenannte Kader ein, die linientreu und im Sinne des Marxismus-Leninismus handeln und entscheiden sollten. Alle gesellschaftspolitischen Führungsebenen sollten von Sozialdemokraten „gesäubert“ und von Mitgliedern der SED besetzt werden. Auf der Grundlage des ideologischen Medienverständnisses, die Medien als verlängertes Sprachrohr der kommunistischen Partei zu nutzen, wurde vermehrt Einfluss auf die Medienlandschaft genommen, deren Presseerzeugnisse und deren Inhalte der Berichterstattung (vgl. u.a. Schröder 1998; Holtermann 1999; Meyen&Fiedler 2011a,b).

Die Presselandschaft im Printbereich der DDR lässt sich nach einigen Kriterien, z.B. nach dem Herausgeber bzw. Verleger, strukturieren bzw. segmentieren. Zum einen gab es nach Gründung der SED im Jahr 1946 in der Mehrzahl täglich überregional („Neues Deutschland“) als auch regional (Bezirkszeitungen) erscheinende Publika, die von der SED herausgegeben wurden. Zum anderen Zeitungen, die von den Massenorganisationen der SED, wie „Die Welt“ von der Freien Deutschen Jugend, publiziert wurden. Des Weiteren veröffentlichten die einzelnen Blockparteien der SED Zeitungen auf überregionaler Ebene. Hierzu zählte zum Beispiel „Der Morgen“ der LDPD. Neben diesen Zeitungen, die von der SED dominiert wurden, existierte der Berliner Verlag, der die „Berliner Zeitung“ herausgab. Die „Berliner Zeitung“ hatte einen Sonderstatus und unterstand nicht den SED-Bezirksleitungen wie die anderen 14 Bezirkszeitungen. Jedoch wurde auch die „Berliner Zeitung“ vom Zentralkomitee der SED gesteuert.

Einzelne Zeitschriften privater Verleger, u.a. die „Leipziger Zeitung“ oder „Berlin am Mittag“ verschwanden bald wieder, da ihre Lizenzen entzogen wurden. Baerns spricht in diesem Zusammenhang von „vergessenen Zeitungen“, die nur einige Jahre auf dem Zeitungsmarkt unter sowjetischer Besatzungsmacht veröffentlicht werden konnten (vgl. Baerns 1968). Während der Zeit der SMAD

und auch nach der Gründung der DDR existierte nach heutigem Erkenntnisstand keine pluralistische Meinungspressen. Die einzigen Medien bzw. Publika, die man als vergleichsweise (in Relation zu den anderen Printmedien in der DDR) kritisch bzw. anders denkend einstufen könnte, waren von privaten Zeitungsverlegern oder konfessionellen Organisationen, die versuchten, ihre eigenen partikularen Interessen zu vertreten und sich von der Staatsdoktrin bzw. der Ideologie des dialektischen Materialismus zu lösen (vgl. u.a. Bulisch 2006).

In diesem Zusammenhang sind die Kirchenzeitungen erwähnenswert. Lediglich drei kirchliche Verlage konstituierten sich in der DDR: Der römisch-katholische St. Benno-Verlag in Leipzig; die Evangelische Verlagsanstalt in Berlin und die Evangelische Hauptbibelgesellschaft in Berlin/Altenburg (vgl. Bulisch 2006; Seibold 2002). Es wurden insgesamt fünf evangelische Wochenzeitungen in der DDR veröffentlicht. Die Lizenzen aller kirchlichen Zeitungen und Zeitschriften wurden noch von der SMAD vergeben. Danach wurden keine weiteren Lizenzen für Periodika konfessioneller Verleger erteilt (ebd.). Das bedeutet aber keinesfalls, dass die SMAD alle Lizenzanträge kirchlicher Verleger genehmigte, vielmehr orientierte sich die SMAD an den westlichen Alliierten und deren Medienpolitik und musste den kirchlichen Vertretern Zugeständnisse machen (vgl. Holzweissig 2002; Bulisch 2006).

Die SMAD behielt die Medienkontrolle, da sie die Papierkontingente für diese Printmedien gering hielt. Die Forderung der konfessionellen Akteure nach weiteren christlichen Privatverlagen über die gewährten Lizenzen hinaus stieß bei der sowjetischen Besatzungsbehörde auf Unverständnis (ebd.). Die konfessionellen Zeitungen unterstanden der Vor- und Nachzensur der SMAD und seit den 1950er Jahren griff nicht nur das Presseamt beim Ministerrat der DDR, sondern auch andere Akteure, wie z.B. die „Arbeitsgruppe für Kirchenfragen beim Zentralkomitee der SED“ oder das „Ministerium für Kultur“, in die evangelische Pressearbeit ein (vgl. u.a. Schubert 1992; Bulisch 2006). Die wichtigste Entscheidungsinstanz war jedoch laut Bulisch (2006) das Zentralkomitee der SED mit der Arbeitsgruppe für Kirchenfragen.

Die Reglementierung der Presse in der DDR war ein undurchschaubares, komplexes System. Die Publika eines gleichen Segments, wie z.B. die Presse der evangelischen Kirche, wurden nicht nur durch das Presseamt zensiert, sondern auch durch andere Akteure (ebd.). Diese Intransparenz der Presselenkung diente dazu, ein System der „Unsicherheit, Willkür und Verschleierung“ aufrechtzuerhalten (Bulisch 2006: 31).

2.2.2 Die zweite Phase: Der Stalinismus als Vorbild der Medienpolitik in der DDR und der Beginn des Kalten Krieges

Die Lizenzvergabe für alle in der DDR veröffentlichten Zeitungen erfolgte ab 1950 durch das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR. Ihm übertrug die SMAD alle Befugnisse. Holterman merkt an, dass die Reglementierung der Medien in den Nachkriegsjahren durch die SMAD differenziert werden muss von der prozessualen Entwicklung der Medienkontrolle durch diverse politische Akteure und Institutionen in der DDR (vgl. Holterman 1999).

Die Medienlenkung und -kontrolle funktionierte ab 1950 auf verschiedenen Ebenen bzw. Kontrollinstanzen und durch eine Vielzahl von politischen Akteuren, wie z.B. den Sekretären der Agitationsabteilung des ZK. Bis heute bestehen divergierende Befunde darüber, wie viele Akteure im DDR-Medienlenkungsapparat im Zeitraum von 1949-1989 involviert waren und welches Mitsprache- bzw. Mitbestimmungsrecht und welcher Machtanspruch einzelnen Akteuren zugerechnet werden muss.¹⁰ Dies ist u.a. darin begründet, dass den Ergebnissen verschiedene Untersuchungsmethoden und unterschiedliche Primärquellen zugrunde gelegt wurden (vgl. hierzu Holzweissig 2002; Meyen&Fiedler 2011a,b).

Die Anfänge eines ersten Fernsehprogrammes fallen in diese Phase der Stalinisierung und der damit verbundenen Phase des Aufbaus des Sozialismus nach stalinistischem Vorbild. Die Nachrichten des DDR-Fernsehens, die „Aktuelle Kamera“, wurden erstmalig am 21. Dezember 1952 zu Ehren des 73. Geburtstags von Josef Stalin ausgestrahlt. In diese Periode sind die Anfänge des Kalten Krieges zwischen den West- und Ostmächten zu verorten (vgl. u.a. Bösenberg 2004).

Der Konkurrenzkampf zwischen den beiden Siegermächten hatte einen großen Einfluss auf die Medienpolitik beider deutscher Staaten. Beide Systeme versuchten sich gegenseitig in der Medienpolitik auszuspielen und sich mit bestimmten Programmformaten zu kopieren und zu übertreffen (vgl. Zahlmann 2010).¹¹ In der DDR wurde eine Presseverordnung verabschiedet, die die Distribution von kirchlichen Zeitungen außerhalb des „Staatlichen Postleitungsvertriebes“ verbot (Bulisch 2006). Anfang der 1950er Jahre wurden einige evangelische Zeitungen, wie z.B. die „Stafette“, verboten und einige Ausgaben anderer konfessioneller Zeitungen von den regulierenden staatlichen Instanzen eingezogen.

10 Vgl. hierzu die Ausführungen von Meyen&Fiedler 2011a,b und nächstes Kapitel.

11 Dies wird besonders am Beispiel der Einführung des „Sandmännchens“ in der DDR und der Bundesrepublik plakativ. DDR-Fernsehredakteure hatten von einem „Sandmännchen“, das in der Bundesrepublik on air gehen sollte, erfahren und entwickelten daraufhin das „Ost-Sandmännchen“, welches einige Tage bevor das „West-Sandmännchen“ auf den SFB-Bildschirm trat, im November 1959 im Fernsehen der DDR ausgestrahlt werden konnte (vgl. hierzu auch Petzold 2009).

Sozialistische Öffentlichkeitsarbeit in der DDR
Eine empirische Studie am Fallbeispiel des Leipziger
Messeamts

Otto, A.

2015, XIV, 227 S. 5 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-07397-8